

In Deutschland droht vom 22. bis 25. September 2011 ein heftiger Ratzinger-Staatsbesuch, dem Vatikanpräsidenten wurde dafür sogar gestattet, vor dem deutschen Bundestag seine Botschaften zu verkünden. In Deutschland laufen natürlich von organisierter säkularer und religionsfreier Seite ebenfalls Vorbereitungen für Antipapstveranstaltungen. Hier aus München eine Botschaft dazu ..

Wilfried Müller, bfg München

Grußwort zum Papstbesuch

Religion drängt in Politik

Nicht nur, dass der Papst im Bundestag auftreten will, er flankiert die politischen Infiltrationsbemühungen der Kirche auch noch mit anderen Maßnahmen. Dazu zählt weniger die Evangelisierungskampagne, die der Papst ins Leben gerufen hat, denn die zielt vor allem auf Jüngere ab, die noch nichts von Gott gehört haben. Sie wendet sich also eher an die weniger Politisierten und Gebildeten. Glücklicherweise steht bei denen nicht zu befürchten, dass sie sich von den Heilsbotschaften einlullen lassen. Wenn man ihnen diesseitige Vorleistungen für jenseitige Seligkeit abverlangt, werden sie den Betrug bemerken. Und wenn man ihnen einredet, sie wären Sünder, werden sie das als die Frechheit erkennen, die es ist.

Hinterhältiger sind die konzertierten Medienbemühungen, die auf der intellektuellen Schiene laufen. Natürlich tun sich die papsttreuen Autoren schwer zu begründen, warum die Religion heutzutage noch eine Rolle spielen sollte, warum die Privilegien des Staatskirchenrechts nur für die christlichen Kirchen gelten sollten, und warum sie überhaupt noch andauern sollten. Angesichts der Austrittswellen steht die Kirche in der Defensive, und sie möchte vermehrten Einfluss auf die Politik nehmen, um ihre Privilegien zu erhalten.

Doch dieser Tage sinkt der Anteil der christlichen Kirchenmitglieder deutschlandweit unter 50 Prozent, so dass die Kirche auch das Pseudoargument der »Mehrheitskultur« verliert. Damit hat sie ihre Sonderrechte bisher zu begründen versucht. Dieses Pseudoargument kommt nun zunehmend als »Zivilreligion« daher. Damit entledigen sich die Kirchen der lästigen Prozentrechnung, und sie bauen darauf, dass die sonstigen kulturellen Einflüsse zu ihren Gunsten dazugeschlagen werden. Wenn die religiöse Mehrheit futsch ist, soll wenigstens die »Zivilreligion« an uns kleben bleiben.

Die christlichen Autoren möchten uns deshalb einreden, wir lebten in einer »christlich geprägten abendländischen Kultur« - als ob diese Zeiten nicht 500 Jahre zurückliegen würden. Mit dieser Agenda sind sie bis ins CDU-Parteiprogramm und bis zur Bundeskanzlerin vorgedrungen.

Der Papst formuliert das so: »Es gibt einige, die den religiösen Glauben aus der öffentlichen Debatte ausschließen möchten, die ihn privatisieren oder gar als Bedrohung für Freiheit und Gleichheit anschwärzen wollen ... Aber tatsächlich ist die Religion ein Garant echter Freiheit und echten Respekts ...«

Wer für seinen Glauben Demut und Gedankenkontrolle in Form der Beichte einfordert, braucht nun allerdings nicht mit »echter Freiheit« hausieren zu gehen. In Wahrheit ist Religion Freiheitszerstörung. Wer vor einem Herrn namens Gott die Knie beugt, ist ein Sklave, und kein freier Mensch. Solche Anbetung ist genau das Gegenteil von Freiheit und Gleichheit, und die Rechtsposition des Gläubigen gegenüber seinem Gott wird von »Gnade« - also von Willkür - bestimmt.

Mit Anschwärzen hat diese Aussage nichts zu tun. Es ist die schlichte Wahrheit, dass die Errungenschaften der Moderne gegen die christliche Kultur erkämpft wurden. Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die sonstigen Menschenrechte stehen im klaren Gegensatz zu den religiösen Dogmen von bedingungsloser Unterwerfung unter einen göttlichen Willen und von kritikloser Anbetung ebendieser Willkürherrschaft.

Und was das Abdrängen des Glaubens ins Private angeht, so ist das nichts anderes als die grundgesetzlich verbrieft Forderung nach Säkularität. Der Papst warnt vor diesen »aggressiveren Formen des Säkularismus, die traditionelle Werte« nicht mehr »wertschätzen oder gar tolerieren« würden, und er postuliert ein »Wächteramt der Kirche« gegenüber Staat und Gesellschaft. Er versucht also, die Trennung von Staat und Kirche zu sabotieren und das Grundgesetz zu brechen.

Der Past erweist unserer säkularen Demokratie keinen »echten Respekt«, und was er Freiheit nennt, ist Heuchelei. Religionsfreiheit gibt es schließlich nur, solange die Religion Privatsache ist. Sobald sie Staatsache wird, ist es mit der Freiheit aus, und die Bevormundung fängt an. Diese Art der »traditionellen Werte« gehört ins Mittelalter.

Im demokratischen Zeitalter ist es intolerabel, wenn sich die Religion in die Politik einmisch. Wer so etwas zulässt, treibt Obstruktion an den Werten, aus denen die wahre Grundlage unserer modernen, menschengerechten Kultur besteht. Nur Fundamentalisten und ähnlich gestrickte Gottesanbeter hätten statt der menschengerechten lieber eine gottesgerechte Kultur.

Gegen die Säkularisierung möchten die allzu Religionsbeflissenen das Diktum anschieben, die Religion brächte »nicht nur moralischen Mehrwert«. Es gäbe ja noch so viel mehr. Was genau das sein soll, kann wohl nur erfüllt werden, wenn man sich auf die Heilsbotschaften einlässt. Aber warum sollte man? Das Hehre, Heilige zählt nun mal zu den privatesten Phantasien überhaupt; es ist doch bloß in der Traumwelt zuhause. Und religiöse Tröstungen bei Leid erkaufte man ja nur unter völliger Dreingabe der Vernunft - denn warum tut ein gütiger Gott seinen geliebten Menschenkindern das an? Überhaupt, was ist Religion schon mehr als die Fortschreibung altertümlicher Irrtümer?

Kennzeichnend für die religiösen Bestrebungen ist das Ausweichen bei solchen rationalen Argumenten. Atheismus wäre bloß spirituelle Ruhestörung, heißt es bei denen, die dem Papst nach dem Maul reden, Atheismus könnte sich weltanschaulich nicht mit der Religion vergleichen. So ähnlich hört man es überall. In der papsttreuen Szene herrscht Diskussionsverweigerung auf der ganzen Linie.

Deshalb ist es ein besonders schwerwiegender Verstoß, wenn der Papst den Bundestag betritt. Das ist eine Stätte, die zumindest nominell dem offenen Austausch der Argumente gewidmet ist. Vom Anspruch her soll dort im Klartext verhandelt werden, was uns alle angeht. Wie schandbar die Regierung damit umgeht, zeigt sich zwar immer wieder, wenn sie die Milliarden-Entscheidungen am Bundestag vorbei fällt - aber deshalb muss nun nicht noch das autistische Oberhaupt der Theokratie dort auftreten und seine Missachtung der säkularen Staatsverfassung kundtun. Solcher Frevel ist eine unnötige Demütigung für die Demokratie und das Volk.

Wie die Kirche den Dialog sucht, beschreibt der folgende MIZ-Artikel (31.7.) - und da ist nicht mal von Katholiken die Rede, sondern von Evangelischen (die haben auch ihre Neuevangelisierungsbestrebungen):

Für einen stärkeren Dialog der Kirchen mit Konfessionslosen hat sich der EKD-Ratsvorsitzende und rheinische Präses Schneider ausgesprochen.

Als Vorbild diene der Evangelische Kirchentag Anfang Juni in Dresden, denn bei dem Protestantentreffen in einem weitgehend kirchenfernen Umfeld habe niemand den Menschen „in platter Weise“ den Glauben „übergestülpt“. Bei Begegnungen sei deutlich geworden, dass sich die Kirche über das Gespräch mit den Skeptikern freue. Man habe nicht vereinnahmen wollen, sondern Bedenken sowie schlechte Erfahrungen mit Kirche und Glaube ernst genommen. Damit habe der Kirchentag Anstöße und Impulse gegeben, wie man mit den vielen Konfessionslosen in den östlichen Bundesländern ins Gespräch kommen könne. Diese Art des Dialogs habe Zukunft, so Schneider. Aus dem Zusammenhang ist allerdings zu entnehmen, dass Schneider nur die relativ unvorbereiteten und daher „missionierungsfähigen“ ostdeutschen Normalbürger meinte, nicht aber die Vertreter von Konfessionslosen-Verbänden. Sonst hätte er die Gelegenheit wahrnehmen können, auf dem Kirchentag außerkirchliche Kritiker ins Gespräch einzubinden. Gleichwohl wird sich Schneider an diesen Aussagen künftig messen lassen müssen.
